

Hoher Preis

1335 *Bischof in Osttimor erhält den Friedensnobelpreis 1996*

Gleich zwei katholische Bischöfe galten inoffiziell als ziemlich sichere Anwärter für den diesjährigen Friedensnobelpreis: zum einen Bischof *Samuel Ruiz García* von San Cristóbal de las Casas, die Schlüsselfigur der Friedensgespräche zwischen der „Nationalen Zapatistischen Befreiungsarmee“ (EZLN) und der Regierung in der mexikanischen Provinz Chiapas. Bereits im vergangenen Jahr waren dem Nobelpreiskomitee 500 000 Unterschriften für die Zuerkennung des Preises an Ruiz übergeben worden, und besonders auch der brasilianische Indianermissionsrat hatte sich für den Bischof eingesetzt, der sich um die Anliegen der Indianer in Mexiko und ganz Lateinamerika verdient gemacht hat. Zum anderen Bischof *Carlos Filipe Ximenes Belo*, der als „Stimme der Stimmlosen“ und „Schützer der timoresischen Identität“ apostrophierte Menschenrechtsverteidiger und Anwalt der gegen die indonesische Besatzung kämpfenden Bevölkerung von Ost-Timor.

Es lassen sich einige Gemeinsamkeiten finden, obwohl beide Bischöfe ihre Friedens- und Vermittlerfunktion unter sehr verschiedenen Umständen ausüben: Belo wie Ruiz sind in ihrem Einsatz einer permanenten Bedrohung ausgesetzt. Bischof Belo, der Apostolische Administrator der Diözese Díli, war mehrfach schon Ziel von Attentatsversuchen. Er wird bespitzelt, sein Telefon überwacht, den indonesischen Militärs ist er ein Dorn im Auge. Bischof Ruiz wurde beschuldigt, die Unruhen in Chiapas provoziert zu haben. Vor seinem Haus wurden Strohpuppen mit Mitra, versehen mit Hammer und Sichel, verbrannt.

In beiden Fällen ist auch im letzten nur schwer durchschaubar, wie der jeweilige Episkopat, vor allem aber der

Vatikan, zu dem unermüdlichen, zwangsläufig politischen, wenn auch nicht parteiischen Friedenseinsatz stehen. Im Falle von Ruiz waren öfters Gerüchte zu hören, der Apostolische Stuhl betreibe eine Versetzung, beziehungsweise dränge den streitbaren Kämpfer für Frieden und Gewaltlosigkeit zum Rücktritt. Bei Bischof Belo waren es immer wieder kolportierte Überlegungen, in Ost-Timor eine zweite Diözese einzurichten und Belo in das „ruhigere Bistum“ zu versetzen. Offenkundig wurden die Spannungen anlässlich des Papstbesuches 1989 in Ost-Timor, als Johannes Paul II. wohl der politisch ungeklärten Situation des Landes wegen darauf verzichtete, die Erde des Gastlandes zu küssen.

Zwar anerkennt der Vatikan nicht die nun über 20jährige Annexion Ost-Timors als „27. Provinz“ Indonesiens. Wie für die Vereinten Nationen ist für den Apostolischen Stuhl Ost-Timor „Territorium unter portugiesischer Verwaltung“. Zugleich hatte die vaticanische Diplomatie aber berechtigte Befürchtungen, ein solcher Akt, der als Unterstützung der Unabhängigkeitsbestrebungen gewertet würde, werde sich letztlich negativ auf die Situation der katholischen Minderheit in Indonesien auswirken.

Jetzt gelangten allerdings auch aus dem Vatikan zustimmende und zufriedene Glückwünsche an Bischof Belo. Nachdem auch er bereits letztes Jahr als Kandidat gehandelt worden war, erhielt er jetzt den diesjährigen Friedensnobelpreis, zusammen mit *José Ramos Horta*, der gemeinhin als so etwas wie der Auslandskoordinator der osttimoresischen Autonomie- und Widerstandsbewegung gilt. In diesem Jahr waren unter anderen auch der Architekt des Daytoner Friedensabkommens, *Richard Holbrook*, und der russische Menschenrechtler *Sergej Kowaljow* im Gespräch.

Die Auszeichnung gelte dem „lange währenden und selbstaufopfernden Einsatz gegen die Unterdrückung eines kleinen Volkes“, begründete das Nobelkomitee die Verleihung. Bischof Belo habe unter Gefährdung des eigenen Lebens versucht, die Bevölkerung

gegen die Übergriffe der Machthaber zu schützen. In seinem Einsatz für Gerechtigkeit habe er sich aber stets für Gewaltlosigkeit und den Dialog mit den indonesischen Behörden eingesetzt. Der Status als „Apostolischer Administrator“ hat ihm diesen Einsatz sicherlich erleichtert, ist er damit doch unabhängig von der indonesischen Bischofskonferenz. Gleichwohl gibt es im Klerus seiner Diözese auch starke proindonesische Kräfte.

Bischof Belos „Residenz“ ist Zufluchtstätte für verfolgte Timoresen. Unermüdlich klagt er Übergriffe des indonesischen Militärs auf die Zivilbevölkerung an, bezichtigt die Regierung ungeniert der Lüge, so nach dem Massaker 1991 auf dem Friedhof von Díli; Belo benannte die wirkliche Anzahl der Opfer. In einem vielbeachteten Brief an den damaligen UNO-Generalsekretär *Perez de Cuéllar* hatte er 1989 ein Referendum über die Unabhängigkeit Ost-Timors gefordert. Belo steht dabei im wörtlichen Sinne zwischen den Fronten. In den unzähligen Interviews anlässlich der Nobelpreisverleihung hat er es immer wiederholt: sein Engagement sei nicht politisch, er stehe nicht für die timoresische Widerstandsbewegung, es gehe ihm nur um Gerechtigkeit und Wahrheit. Bei gegen die „Besatzungsmacht“ gerichteten Demonstrationen stellt er sich zwischen die Soldaten und die Demonstranten, diese immer wieder zur Gewaltlosigkeit ermahnd.

Der Friedensnobelpreis, der laut Testament Alfred Nobels an diejenige Person oder Institution verliehen wird, „die am meisten oder besten für die Verbrüderung der Völker und die Abschaffung oder Verminderung der stehenden Heere sowie für die Bildung und Beförderung von Friedensprozessen gewirkt hat“, ist in jüngster Zeit schon einmal an einen Bischof ergangen, freilich keinen römisch-katholischen. 1984 hatte das Osloer Nobelpreiskomitee den schwarzen anglikanischen Bischof *Desmond Tutu* für seine „Rolle als Führer und Einiger der Bewegung zur Lösung der Apartheid-Probleme in Südafrika, seinen gewaltlosen Einsatz für einen Ausweg aus

der Krise und den Konflikten des Landes“ ausgezeichnet. Die regierungstreuen Medien hatten zum Teil die Wahl als „Irrtum“ und als Beitrag zur Verschärfung der Konfrontationen und Konflikte im Land getadelt.

Obwohl Tutu immer wieder betont hatte, wenn seine Anwalts-, seine Vermittlerfunktion nicht mehr gebraucht werde, wolle er lieber heute als morgen zu seinem eigentlichen seelsorglichen Amt zurückkehren – seine Vermittlungsfunktion war etwa zur Vorbereitung der ersten freien Wahlen in Südafrika 1994 unverzichtbar. Das für viele Beteiligten oft mit neuem Leid verbundene Ringen der „Wahrheitskommission“ um Vergangenheitsbewältigung – ein latenter Aggressionsherd im Land – benötigt das vermittelnde Wort Tutus immer noch.

Zwei mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete Bischöfe und ein sicherlich weiterhin aktueller Kandidat an sehr verschiedenen Orten der Welt werfen ein Licht auf die besonderen Chancen und Möglichkeiten der Kirchen und einzelner ihrer Amtsträger bei der Vermittlung und Schlichtung von Konflikten in ihren Ländern. Es ließen sich mühelos weitere Beispiele besonderen Engagements und herausragender Leistungen kirchlicher Vertreter finden. Zu erinnern wäre dabei etwa an den durch seine Vermittlungsbemühungen zwischen der salvadorianischen Regierung und der Befreiungsfront Farabundo Martí bekannt gewordenen früheren Erzbischof von San Salvador, *Arturo Rivera y Damas*, der wie Belo auch dem Orden der Salesianer Don Boscos angehörte.

Meist ist dieser Einsatz für eine friedliche und gewaltlose Konfliktlösung für jeden dieser Vermittler mit einem hohen Preis verbunden, nicht selten mit der Bedrohung des eigenen Lebens. Immer bleiben sie einer im letzten unlösbaren Spannung ausgesetzt, der Erfolg ihres Tuns hängt an dem „Stehen zwischen den Fronten“. Das Wissen darum, daß die Kirche(n) in ihrem Land, aber auch die weltweite Christengemeinschaft diesen Dienst mittragen, ist bzw. wäre dabei wohl die beste Rück- und Lebensversicherung. fo

Nischen

135

Die Kirchen und ihr Verhältnis zu religiösen Privatsendern

Etwas Besseres hätte dem sogenannten „Radio Paradiso“, dem evangelischen Pilotprojekt für ein bundesweites christliches Privatrado, gar nicht passieren können. Die Nachricht darüber, daß das in Frankfurt ansässige Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) dieses von privater Hand lancierte Projekt in seiner Anschubphase unterstützt, bewog den Intendanten des Senders Freies Berlin, *Günther von Lojewski*, zu einer geharnischten Kritik an der evangelischen Kirche, die auf viel Aufmerksamkeit stieß. Wenn die Kirche selbst Spartenprogramme dieser Art fördere, sieht von Lojewski keinen Grund mehr dafür, daß der öffentlich-rechtliche Hörfunk Kirchenprogramm ausstrahlt.

Vorausgegangen war dieser Äußerung folgendes: Am 21. August wurde in Kiel die *Radio Paradiso Christliches Radio Berlin GmbH* gegründet. Zu den Gesellschaftern gehören einige Landeskirchen, evangelische Presseverbände und weitere Organisationen aus dem evangelischen Raum sowie ein Kieler Freundeskreis Radio Paradiso. Seinen Sitz soll das Projekt in Berlin haben. Das neue Privatrado soll am Ersten Advent dieses Jahres auf Sendung gehen. Geplant ist ein 24-Stunden-Programm „christlicher Prägung“, ein Vollprogramm, das nicht elitär, sondern populär sein soll, zunächst nur für Berlin. Eine bundesweite Ausstrahlung wird jedoch angestrebt. Die Zusammenarbeit mit dem von katholischen Laien projektierten „Radio Campanile“ ist geplant, im Fall des evangelikalen Wetzlarer Evangeliumsrundfunks (ERF) ist man offenbar zurückhaltender.

Bei der Mehrheitsentscheidung innerhalb des GEP zugunsten einer Beteili-

gung an der Anschubfinanzierung von Radio Paradiso handelte es sich um eine, wie es hieß, „Dennoch-Entscheidung“. Mit anderen Worten: Man hat zwar erhebliche Bedenken und Anfragen, aber um dabei zu sein, entschloß man sich zu einer wenigstens symbolischen Unterstützung, obendrein, wie versichert wird, kirchensteuerfrei und in einer Höhe, die auch in Zeiten des knapper werdenden Geldes noch vermittelbar bleibt.

Aber da fängt das Problem bereits an. Schon aus finanziellen Gründen äußern sich Fachleute über die Erfolgsaussichten des Projektes eher skeptisch. Auch im besten Fall bräuchte es eine Finanzierung, die noch auf Jahre hinaus Defizite auszugleichen in der Lage wäre. Das GEP ließ bereits verlauten, nach der Anschubfinanzierung seien keine Mittel aus Kirchensteuereinnahmen zu erwarten. Und ob die Wirtschaft in einem solchen Sender ein Umfeld erkennt, in dem es sich für sie zu werben lohnt, steht dahin. Als Schwierigkeit könnte sich darüber hinaus die Tatsache erweisen, daß der Zwang, für Werbung attraktiv zu sein, u.U. einen Programmcharakter begünstigt, der sich mit dem weltanschaulichen Anliegen des Senders reibt. Ob es also je zu der vom SFB-Intendanten an die Wand gemalten Konkurrenz zwischen christlichen Radios und den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten mit ihren Kirchenprogrammen kommen wird, ist sehr die Frage.

Von einem „Paradigmenwechsel“ in der evangelischen Medienpolitik, wie manche bereits munkeln, will man jedenfalls auf seiten des GEP nichts wissen. Der GEP-Vorsitzende *Hans Norbert Janowski* beeilte sich, Befürchtungen dieser Art zu zerstreuen.

Auch sein katholisches Pendant, der Leiter der Zentralstelle Medien der Deutschen Bischofskonferenz, *Reinhold Jacobi*, trat Vermutungen entgegen, die katholische Kirche könnte mit „Radio Campanile“ den Einstieg in das Zeitalter der christlichen bzw. kirchlichen Privatrados wagen. Zugleich zeigte er sich sehr zufrieden mit der Kooperation mit den öffentlich-rechtlichen Anstalten: Mit ihnen sei